

ANTRÄGE

1) Bürgerliches Engagement für ein noch schöneres Graz

GR. Hohensinner stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Verschmutzung und die Vermüllung der Landschaft ist nicht nur ein regionales Problem mit zunehmender Tendenz. Graz macht dabei keine Ausnahme - die Verschmutzung wird von der Öffentlichkeit zunehmend als Ärgernis begriffen. Die Holding Graz versucht dieser Entwicklung mit enormem Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel entgegenzuwirken. An dieser Stelle möchte ich ein großes Dankeschön an alle MitarbeiterInnen auszusprechen, die sich tagtäglich der Herausforderung einer sauberen Stadt stellen. Die 100% Sauberkeit unseres Stadtbildes kann aber die Verwaltung alleine nicht erreichen. Hier ist auch die Gesetzgebung bzw. die Stadt gefordert, restriktiver gegen Müllrowdys vorzugehen. Eine meiner letzten Initiativen hatte das zum Inhalt.

Deutsche Städte setzen zusätzlich auf innovative Bürgerbeteiligungsmodelle, um Menschen, die sich für die Verschönerung von öffentlichen Flächen einbringen möchten, die Möglichkeit zu bieten. In den unten via Web-Link angehängten Beispielen aus anderen Städten geht es immer ums gleiche Prinzip: Gesucht werden Menschen, Vereine, Firmen, Schulen und Institutionen, die bereit sind, über längere Zeit ehrenamtlich Patenschaften für Parks, Wiesen, Flusspromenaden Plätze oder einzelne Straßenzüge zu übernehmen.

Klar und unmissverständlich ist, dass das Haus Graz (Magistrat und Holding) für die Reinigung in unserer Stadt die Verantwortung hat. Die Aufgabe der Paten wäre es, für einen kleinen begrenzten Abschnitt - ergänzend zum Reinigungsdienst der Stadt - für

zusätzliche Verschönerungen und mehr Sauberkeit zu sorgen, aber auch bewusstseinsbildende Aktionen zu planen und durchzuführen. Natürlich sind diese Paten auch wichtige Kontaktpersonen für die Stadt.

Vereinzelt haben sich ja auch in Graz AktivbürgerInnen formiert. Als Beispiele sind die vielen Bach- und Murreinigungsinitiativen oder die „Andritzer Blumenaktion“ zu nennen (Rund 10 BürgerInnen hegen und pflegen zusätzlich aufgestellte Blumen - vor allem an den Brücken - und sorgen so für einen noch schöneren Bezirk).

Wichtig ist auch, dass die Stadt die notwendigen Rahmenbedingungen (wie beispielsweise mobile Sperrmüllsammlungen) bereitstellt, die Koordination übernimmt und auch eine Anerkennung für die Aktiven bereitstellt (wie beispielsweise Freifahrtaktionen für Öffis, Gratiseintritte in Bäder, Museen u. Ä.)

Hier einige gute Beispiele aus Deutschland:

<http://www.wuppertal.de/rathaus->

[buergerservice/umweltschutz/abfall/102370100000204155.php](http://www.wuppertal.de/rathaus-buergerservice/umweltschutz/abfall/102370100000204155.php)

<http://www.projekte.ideen-initiative-zukunft.de/projekte/anzeigen/23205>

<http://www.homburg.de/content/pages/2444.htm>

<http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/baureferat/buergerschaftliches-engagement/patenschaften.html>

Im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g:

Die zuständige Stellen des Hauses Graz werden ersucht, nach Beispielen von Städten in Deutschland ein entsprechendes Umsetzungskonzept zu erarbeiten und dem Gemeinderat ehestbald zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Wetterbericht über Graz

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit mehreren Jahren weise ich immer wieder darauf hin, dass, wenn man in der Früh die Wetterberichte in Fernsehen und Radio verfolgt, das Wetter für Graz deutlich schlechter angesagt wird als es sich tatsächlich im Zentrum von Graz darstellt. Viele NutzerInnen von Androidhandys oder i-Phones bekommen nun auch diese negativen Informationen.

Der Grund für den Wetterbericht „Graz, Nebel“ liegt in der Tatsache, dass dieser von der ZAMG Wetterstation Flughafen Thalerhof weitergegeben wird.

Gerade für den Tourismus ist es eine denkbar schlechte Werbung bei den morgendlichen Informationssendungen österreichweit Graz als „Nebelstadt“ darzustellen.

Daher stelle ich Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g:

Die für Tourismus verantwortlichen Stellen der Stadt Graz und von Graz Tourismus werden beauftragt, die Weitergabe der täglichen Wetterdaten aus dem Grazer Stadtzentrum zu organisieren.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Straßenbeleuchtung in der Schubertstraße

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Eine Stadt des Wohlfühlens – das soll Graz sein – auch in der Nacht.

Dazu gehört auch eine entsprechende Beleuchtung, die nach Einbruch der Dunkelheit das Sicherheitsgefühl stärkt. Fehlende oder unzureichende Beleuchtung erzeugen vor allem bei Frauen und älteren Menschen ein Gefühl von Unsicherheit oder Bedrohung. Nach dem Prinzip "Sehen und gesehen werden" soll die Sicherheit und das persönliche Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durch eine entsprechende Beleuchtung erhöht werden.

In der Schubertstraße ist die Beleuchtungssituation zweigeteilt: Der eine Teilabschnitt der Schubertstraße ist gut beleuchtet, der andere Teilbereich (vom Botanischen Garten Richtung Hilmteich) ist schlecht beleuchtet und daher sehr dunkel.

Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz soll die zuständigen Stellen beauftragen, im Bereich der Schubertstraße (vom Botanischen Garten Richtung Hilmteich) eine ausreichende Beleuchtung zu installieren bzw. im Zuge der laufenden Instandhaltungen eine Verbesserung der bestehenden Beleuchtungen durchzuführen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Ausweisung des Schifterkogels als Rohstoffbevorratung – Petition an das Land Steiermark

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Derzeit werden im Rahmen der Überarbeitung des regionalen Entwicklungsprogramms Graz/Graz-Umgebung sämtliche Zonen, unter anderem auch die Vorrangzone Schifterkogel in der Marktgemeinde Semriach, auf Basis des Rohstoffplans Österreich evaluiert.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Semriach kämpft seit mehr als 30 Jahren gegen eine weitere Ausweisung von Steinbrüchen und sprach sich bei der Auflage des Flächenwidmungsplans 4.0 einstimmig gegen die Ausweisung des Schifterkogels als Rohstoffbevorratung aus.

Die vom Gemeinderat Semriach angeführten Gründe gegen die Ausweisung des Schifterkogels als Rohstoffbevorratung sind auch für die Stadt Graz von Relevanz. So stellt der Schifterkogel auch für die Grazer Bevölkerung ein wichtiges Naherholungsgebiet dar. Von besonderer Relevanz ist die Thematik aber vor allem für die Feinstaubbelastung in Graz. Durch diesen Steinbruch würde die Luftschleuse stark belastet und damit die Feinstaubbelastung für Graz noch weiter erhöht.

Daher stelle ich seitens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

A n t r a g :

Landesrat Kurzmanm sowie der Steiermärkische Landtag sollen auf dem Petitionswege aufgefordert werden, im Sinne des Motivenberichtes die Schöckllandgemeinden und die Marktgemeinde Semriach nicht als Rohstoffvorrangzone auszuweisen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Straßenbenennung nach Dr. Margarete Hoffer

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die evangelische Pfarrgemeinde Graz-Heilandskirche hat im Zusammenhang mit der Diskussion über den Pfauengarten in einem Brief an die Klubvorsitzenden im Gemeinderat angeregt, eine Straße oder einen Platz nach der evangelischen Theologin Dr. Margarete Hoffer zu benennen.

Als Beispiel für jene Frauen, die überkommene Rollenzuweisungen durchbrachen und so zu Wegbereiterinnen für heute Selbstverständliches wurden, steht die evangelische Christin Dr. Margarete Hoffer (1906 bis 1991).

Mit der Entscheidung, als Frau ihrer Zeit evangelische Theologie zu studieren, traf die Absolventin des Grazer Lichtenfelsgymnasiums bereits eine ungewöhnliche Berufswahl. Nach dem Studienabschluss wählte sie den Schuldienst, zumal Frauen in

der evangelischen Kirche damals noch von der Ordination ausgeschlossen waren. Auch mit ihrer kompromisslosen Positionierung gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie war Margarete Hoffer nicht nur innerhalb ihrer eigenen Kirche eine Querdenkerin. Als Mitglied der Bekennenden Kirche und Mitautorin einer Broschüre warnte sie vor der Gefährlichkeit der nationalsozialistischen Ideologie und musste Österreich deshalb 1938 verlassen. Sie war Mitglied einer Widerstandskette, die unter dem Risiko ihres eigenen Lebens verfolgten Juden auf ihrer Flucht half.

Nach ihrer Rückkehr arbeitete sie in Oberösterreich mit Flüchtlingen. Dort wagte sich Margarete Hoffer, die an der Universität Tübingen zur Doktorin der Theologie promoviert wurde, in Bereiche vor, die nur ihren männlichen Kollegen vorbehalten waren. Dadurch geriet sie erneut in Konflikt mit der evangelischen Kirchenleitung.

In ihrer Heimatstadt Graz wirkte Margarete Hoffer seit 1952 als Religionsprofessorin sowie in der Heilandskirchengemeinde in der Studierenden-, Friedens- und interkonfessionellen Arbeit. Sie gilt in der evangelischen Kirche als Kämpferin für die volle Gleichberechtigung von Frauen in der Kirche.

Ich stelle daher namens der Gemeinderatsclubs von KPÖ, SPÖ, ALG-Grüne folgenden

A n t r a g :

Im Sinne des Motivenberichts ist eine Straße oder ein Platz in Graz nach Dr. Margarete Hoffer zu benennen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Erstellung eines Katasters für Postämter, Postkästen und Postpartner im Grazer Stadtgebiet

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits am 19.11.2009 stellte ich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, wie es mit der postalischen Versorgung mittels Postpartnern in näherer Umgebung von bereits geschlossenen Filialen der Post AG aussieht.

Nach der Schließung von mehreren Postfilialen bzw. Umwandlung von Bawag-Bank-Filialen in gemeinsame Postpartner, aber auch nach der Demontage zahlreicher Postkästen im Grazer Stadtgebiet herrscht unter der Grazer Bevölkerung - und da vor allem bei älteren, nicht so mobilen BürgerInnen - Verunsicherung bezüglich der postalischen Versorgung in ihrer näheren Umgebung.

Da weder von Seiten der Stadt Graz noch von Seiten der Post AG Mitteilung an die Grazer Bevölkerung gegeben wurde, wo für sie in Zukunft eine postalische Versorgung in nächster Nähe gegeben ist,

stelle ich namens des KPÖ Graz Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden dringend aufgefordert, einen Kataster zu erstellen, wo sich im Grazer Stadtgebiet Postämter oder Bawag-Filialen mit Postpartnern, eigene Postpartner sowie Postkästen befinden, um dies der Grazer Bevölkerung kundzutun. Kostensparenderweise wäre eine Kundmachung als Doppelseite im stadteigenen Infoblatt „BIG“ durchaus möglich und wünschenswert.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Holding Linie – Tangentiallinie 62; Einsatz von Gelenkbussen im Morgenverkehr

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Holding Linie – Tangentiallinie 62 - gehört zur Kategorie von äußerst stark frequentierten Buslinien der Graz Holding im Grazer Stadtgebiet, verbindet sie doch den Grazer Westen vom Bahnhof Puntigam bis hin zur Carnerigasse. Die Linie gilt als besonders stark frequentierte Schullinie und wird auch von Berufstätigen aufgrund ihrer optimalen Anbindung sehr stark in Anspruch genommen. Nun kommt es jedoch täglich - besonders zu den Schulzeiten zwischen 06.30 Uhr und 08.00 Uhr - zu fast unerträglichen Verhältnissen. Die eingesetzten Busse der Linie 62 sind hoffnungslos überfüllt und für die Massen, die diese Linie in Anspruch nehmen, während dieser Zeitspanne zu klein. Berufstätige, aber auch SchülerInnen, können nur unter äußerst schweren Bedingungen bei den Haltestellen zu- oder aussteigen. Deshalb kam es in letzter Zeit immer öfter zu zahlreichen Beschwerden von Berufstätigen und Schülervertretungen der entlang der Tangentiallinie betroffenen Schulen.

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats und die Frau Vizebürgermeisterin werden ersucht, an die Graz Holding Linie heranzutreten, um den vermehrten Einsatz von

großen Gelenkbussen entlang der Tangentiallinie 62 während der oben angeführten Stoßzeiten einzufordern.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Keine Kürzungen bei der Notstandshilfe

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Kürzungen bei der Notstandshilfe würden nicht nur große und zusätzliche Belastungen für die betroffenen Menschen bringen, auch auf das Budget unserer Stadt könnten höhere Ausgaben zukommen.

Es ist nämlich aus den Verhandlungen um das Budgetpaket der Bundesregierung durchgesickert, dass dabei eine zeitliche Begrenzung des Bezuges und eine Deckelung der Notstandshilfe im Gespräch sind.

Anlass für diese Befürchtungen ist eine Unterlage aus dem Sozialministerium. Zurzeit wird die Notstandshilfe unbegrenzt ausgezahlt, sofern eine Notlage vorliegt. Sie wird längstens für 52 Wochen bewilligt und muss danach neuerlich beantragt werden. Die Höhe der Notstandshilfe beträgt in der Regel 95% des Grundbetrages des Arbeitslosengeldes (55% des täglichen Nettoeinkommens, das aus dem durchschnittlichen versicherungspflichtigen Bruttoeinkommen des jeweils letzten Kalenderjahres ermittelt wird). Bei der Ermittlung der Höhe wird das Einkommen des Ehepartners/der Ehepartnerin genauso berücksichtigt wie ein Zuverdienst aus eigener Arbeit.

Laut dieser Unterlage soll jetzt geplant sein, die Notstandshilfe nach 4 Jahren zu stoppen und als weitere Einsparung ist von einer Deckelung der Notstandshilfe die Rede. Danach sollen die Anspruchsberechtigten ab dem 5. Jahr Mindestsicherung beziehen, die ohnehin in geringer Höhe nur 12 x ausgezahlt wird und viel zu gering ist, um existenzsichernd zu sein. Da sie darüber hinaus auch keine Pensionsversicherung vorsieht, würden sich dadurch auch Verschlechterungen im Hinblick auf die Pension der Betroffenen ergeben.

Abgesehen davon, dass also die Befristung der Notstandshilfe und Kürzungen zu massiven Verschlechterungen der finanziellen Situation der Menschen führen werden, gilt es auch hervorzuheben, dass der Anteil der Personen, die in der Folge Mindestsicherung erhalten werden, drastisch ansteigen wird. Es ist jedoch Aufgabe der Stadt, die finanziellen Mittel dafür aufzubringen. Es sieht so aus, als ob der Bund einen Teil seiner finanziellen Verpflichtungen an Länder und Gemeinden abschieben wolle.

Aus all diesen Gründen stelle ich namens der Gemeinderatsklubs von KPÖ und ALG – Grünen folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich gegen eine Kürzung der Notstandshilfe und gegen alle Versuche, die Kosten für die Leistungen für Langzeitarbeitslose teilweise auf Länder und Gemeinden abzuwälzen. Er fordert die Bundesregierung und den Nationalrat auf, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Lärmpegelmessung im Uni-Viertel; medizinische Bewertung

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wie den betroffenen Anrainern seitens der offiziellen Stellen der Stadt Graz mitgeteilt wurde, hat es im Universitätsviertel im vergangenen Jahr eine - von Amts wegen durchgeführte - Messung des Schallpegels während der Nachtstunden gegeben. In der Gemeinderatssitzung vom 12.05.2011 habe ich deshalb einen Antrag folgenden Wortlauts eingebracht.

„Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Ämter werden beauftragt, die Ergebnisse der aktuellen Schallpegelmessungen durch medizinisch sachverständige Personen bewerten zu lassen und die hieraus gewonnenen Ergebnisse dem Gemeinderat zu präsentieren.“

Leider blieb dieser Antrag bislang unbeantwortet, wohingegen die unzumutbaren Umstände rund um das Universitätsviertel weiter anhalten. Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nun folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, die Ergebnisse der aktuellen Schallpegelmessungen durch medizinisch sachverständige Personen bewerten zu lassen und die hieraus gewonnenen Ergebnisse dem Gemeinderat ehebdigst zu präsentieren.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Verbesserung der Markthalle am Lendplatz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Marktplätze stellen immer einen Fixpunkt jeder Stadt dar. Man denke nur an den Marktplatz in Venedig bei der Rialto-Brücke, den Naschmarkt in Wien oder den Viktualienmarkt in München.

Aber um mit Goethe zu sprechen:

Willst du immer weiter schweifen?

Sieh, das Gute liegt so nah.

Lerne nur das Glück ergreifen,

Denn das Glück ist immer da.

Auch Graz hat Märkte, die den oben angeführten nicht nachstehen. Der Bauernmarkt am Kaiser- Josef-Platz entwickelt sich sogar zum Touristenmagnet. Noch typischer als der Bauernmarkt ist allerdings die Vorfläche des Marktes am Lendplatz. Leider entspricht aber die Innenausstattung der Markthalle nicht mehr den Wünschen der einkaufswilligen Kunden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der zuständige Stadtrat oder die zuständige Stadträtin werden ersucht, eine entsprechende Prüfung vorzunehmen mit dem Ziel, nötigenfalls Maßnahmen zu setzen, die Ausstattung der Markthalle zu verbessern und die Innenflächen verstärkt zu beleben.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Weitere Eislaufflächen für Graz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Neben dem Schifahren erfreut sich das Eislaufen einer steigenden Beliebtheit. In diesem Zusammenhang könnte nun die Bundeshauptstadt Wien als Vorbild dienen. Der Eislaufplatz vor dem Rathaus in Wien ist ein absoluter Magnet in der Bundeshauptstadt. Hier ist ein echter „Tummelplatz“ entstanden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Sportstadtrat Detlef Eisel-Eiselsberg wird ersucht, eine Prüfung zu veranlassen, die darauf abzielt, neben der Eislauffläche am Hilmteich eine weitere Eislauffläche - möglichst in der Innenstadt oder in Innenstadtnähe - zu schaffen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Nutzung von Stromkästen als Kunst- oder Werbefläche

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In Graz gibt es unzählige Stromkästen, die durch ihr Erscheinungsbild das Auge des Betrachters empfindlich stören. Sie werden mit Postern diverser Aktionsgruppen verklebt und darüber hinaus dienen sie offensichtlich auch wenig begabten Sprayern als Schreibunterlage. Diese wahrlichen Schandflecke werden einer modernen „City of Design“ nicht gerecht und stehen für einen Aspekt der Urbanität, der nicht zu den angenehmsten zählt. Er hinterlässt vielmehr einen empfindlichen Kratzer auf dem Bild, das sich Graz als lebenswerte, moderne und jugendliche Stadt geben möchte.

In diesem Fall gilt es, sich Ansätze zu überlegen, wie man Möglichkeiten schafft, diese Stromkästen möglicherweise sogar zum Vorteil der Stadt und der öffentlichen Wahrnehmung zu nutzen.

Ein Vorschlag ist, dass man die unseligen Kästen als Werbefläche vermietet und somit einerseits ernstzunehmende Werbekunden anlockt und andererseits aus eben jener

Vermietung Wertschöpfung für die Stadt zieht. Des Weiteren ist es durchaus eine Überlegung wert, keine kommerzielle Werbung, sondern nur Werbung der Kunst- und Kulturszene zuzulassen, um so kleineren Kulturprojekten die Möglichkeit zu geben, für sich zu werben.

Ein anderer Vorschlag sähe vor, die ehemals verschandelten Flächen als Projektionsflächen für Künstler in Form von Wettbewerben oder Ausschreibungen anzubieten. So ließe sich kulturelle Wertschöpfung für einen ehemals nachteiligen Aspekt des städtischen Lebens schaffen.

Als Beispiel für eine positive Entwicklung eines Projektes dieser Art ist Berlin zu nennen. Seit 1999 werden die Stromkästen in bestimmten Teilen der Stadt an Künstlerinitiativen als Werbeflächen vermietet und dies hat beiden Seiten – den Künstlern und der Stadt – nur Vorteile gebracht.

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Gemeinderat folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständigen Ämter des Magistrats werden ersucht, die im Antragstext beschriebenen Vorschläge zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Überflüssige Bushaltestelle in der Liebenauer Hauptstraße

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit 09.01.2012 gibt es in der Liebenauer Hauptstraße stadteinwärts und stadtauswärts innerhalb von ca. 500 Metern gezählte drei Bushaltestellen. Die beiden Haltestellen „Grabenwirt“ sowie „Engelsdorfer Straße“ existieren schon seit etlichen Jahren und haben sich aus standörtlicher Sicht bestens bewährt. Nun sah man sich seitens der Grazer Verkehrsbetriebe offensichtlich genötigt, zwischen die beiden bestehenden Bushaltestellen noch eine dritte zu platzieren. Mit welcher Intention dies geschehen ist, bleibt unklar, befinden sich die besagten Haltestellen doch in einem Abschnitt von gerade einmal 500 Metern. Des Weiteren darf bezweifelt werden, ob der Nutzen dieser zusätzlichen Station in Relation zum Aufwand beziehungsweise den Nachteilen selbiger steht. Die Haltestelle befindet sich direkt an der Liebenauer Hauptstraße, es gibt also keine Bushaltestellenbucht oder eine Fahrbahnaufweitung, um nicht den fließenden Verkehr zu stören. Dadurch kommt es stadtein- und stadtauswärts zu den Stoßzeiten morgens und abends zu noch größerem Verkehrsaufkommen und Staus – mehr als es in der Liebenauer Hauptstraße ohnehin schon gibt. Wenn man nun davon ausgeht, dass bei fließendem Verkehr weniger Feinstaub entsteht als bei Staus, worin sich sämtliche Experten auf diesem Gebiet einig sind, dann macht die Installierung dieser Haltestelle in einer Stadt wie Graz, welche ein gravierendes Feinstaubproblem hat absolut keinen Sinn und ist vielmehr noch ein Ärgernis für die Menschen.

Daher richtet der unterzeichnende Gemeinderat an den Bürgermeister der Stadt Graz nachstehenden

A n t r a g :

Der Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl wird aufgefordert, eine Auflösung der Haltestelle Leberackerweg bei der Holding Graz zu erwirken.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen
Behandlung zugewiesen.*

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa R ü c k e r schließt die Sitzung des Gemeinderates um 18.30 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher

Der Schriftführer:

Der Schriftprüfer:

Wolfgang Polz

GR. Stefan Schneider

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb